

PDF hosted at the Radboud Repository of the Radboud University Nijmegen

The following full text is a publisher's version.

For additional information about this publication click this link.

<http://hdl.handle.net/2066/45340>

Please be advised that this information was generated on 2019-04-19 and may be subject to change.

Wie muss Gender Mainstreaming umgesetzt werden, damit es ein politisches Instrument ist, das die Geschlechterhierarchie transformieren kann?

Zehn Jahre nach Peking, so scheint es, zeigen sich bei vielen Frauen die ersten Gender-Mainstreaming-Ermüdungserscheinungen. Die Frauen sind müde aus unterschiedlichen Gründen. Feministinnen außerhalb der Verwaltung oder den Institutionen haben es langsam satt, dass Gender Mainstreaming als Vorwand benutzt wird, um Frauenprojekten den Geldhahn zuzudrehen oder ganze Frauenabteilungen abzuwickeln. Sie haben es satt, Versprechen zu hören, dass Gender Mainstreaming demnächst eingeführt wird oder schon eingeführt wurde, ohne jedoch konkrete Auswirkungen erkennen zu können. Feministinnen in der Verwaltung und in den Institutionen haben es satt, den fluktuierenden Belegschaften der regelmäßig beteiligten Akteure zu erklären, was Gender Mainstreaming ist, sie oft vergeblich zu motivieren, etwas Neues über Gender zu lernen, sich neue Instrumenten anzueignen, zu lernen, wie man mit der Zivilgesellschaft in den Dialog tritt. Sie haben es satt, sich immer wieder von genau diesen regelmäßigen Akteuren anhören zu müssen, dass alles, was bisher getan wurde, völlig geschlechterneutral war. Und die regelmäßig beteiligten Akteure haben es satt, immer wieder zu hören, dass sie die Gender-Perspektive in ihre Arbeit einbeziehen müssen. Sie sind oft unverändert gleichgültig, unverändert überzeugt, dass ihre eigenen Perspektiven und Prioritäten einfach wichtiger sind. Es sei doch wichtiger, so sagen sie, sich auf das Wirtschaftswachstum eines Landes zu konzentrieren, auf das kollabierende Sozialsystem, auf die ewigen Kämpfe zwischen den Ministerien oder auf ihre eigene Karriere oder was weiß ich. Sie erkennen einfach immer noch nicht, wieso all diese Themen Gender-Themen sind.

Die Müdigkeit, die mir begegnet, könnte durchaus mit einigen Eigenschaften von Gender Mainstreaming, wie es derzeit praktiziert wird, zusammenhängen. Jüngste Forschungsergebnisse weisen darauf hin, dass der Stillstand, den wir mit Gender Mainstreaming erleben, in einigen Schwächen seiner Konzeptionalisierung und seiner Darstellung begründet liegt. Meiner Ansicht nach hängt die Ermüdung damit zusammen, dass wir uns zu wenig auf das Ziel des Gender Mainstreaming konzentrieren, weil wir unsere gesamte Energie auf Strategiefragen verwenden. Die Ermüdung hat auch mit der Tatsache zu tun, dass wir die feministische Bewegung nicht ausreichend in diese Strategie mit einbeziehen und dass wir Gender Mainstreaming als einen harmonischen Prozess darstellen. Das führt zu der überzogenen Erwartung, dass Gender Mainstreaming ein schneller und einfacher Prozess ist – dabei ist es weder das eine noch das andere.

Im Folgenden werden die Schwächen des Gender Mainstreaming kritisch untersucht.¹ Zehn Jahre nach Peking gibt es zahlreiche Erfahrungen mit Gender Main-

1 Eine ausführliche Darstellung der Ideen in diesem Text sind zu finden in: Mieke Verloo: Displacement and Empowerment. Reflections on the Council of Europe approach to gender mainstreaming and gender equality, *Social Politics* [2005,], 12, 3, 344-366.

streaming, die man nutzen kann, um die Gender-Mainstreaming-Strategie zu überdenken und neu auszurichten. Das impliziert die Annahme, dass Gender Mainstreaming eine notwendige Voraussetzung einer geschlechtergerechten Gesellschaft ist. Gleichbehandlung, spezifische Frauenprojekte, proaktive Maßnahmen, Antidiskriminierung – all das ist zweifellos notwendig, um die Geschlechterstereotypen und die Geschlechterblindheit in der Gesundheitspolitik, der Medienpolitik, der Sicherheitspolitik, der Kulturpolitik, der Verkehrspolitik, der Familienpolitik aufzudecken. Deshalb ist meine Ausgangsposition der Wunsch, Gender Mainstreaming zu verbessern und einige Ideen vorzustellen, die dabei helfen könnten. Dazu möchte ich kurz auf das Konzept des Gender Mainstreaming eingehen, das von einer Expertengruppe des Europarats erstellt wurde, deren Vorsitz ich vor vielen Jahren inne hatte.

Mein Ausgangspunkt ist die Definition von Gender Mainstreaming in diesem Bericht des Europarats. Er wurde in viele Sprachen übersetzt. Dort heißt es, Gender Mainstreaming ist „(Re-)Organisation, Verbesserung, Entwicklung und Evaluierung von Politikprozessen dahingehend, dass auf sämtlichen Ebenen, in allen Phasen und von allen normalerweise beteiligten AkteurInnen eine geschlechtergerechte Perspektive eingenommen wird“. Diese Definition versteht Gender Mainstreaming als einen Prozess, der Prozesse verändert. Der Bericht bietet eine ausführliche Erklärung, was Geschlechtergerechtigkeit ist, bevor er Gender Mainstreaming erklärt. Diese Erklärung lautet in Kürze: Gender Mainstreaming ist eine breitere und umfassendere Definition von Geschlechtergerechtigkeit, wobei Unterschieden und Diversität Wert beigemessen wird. Sie betont auch, dass die Definition von Gender Mainstreaming entsprechende Instrumente und Techniken weder privilegieren noch einschränken, also so offen wie möglich bleiben sollte. Laut Definition sind alle Politikbereiche Objekt des Gender Mainstreaming und alle Akteure, die normalerweise an der Politikgestaltung beteiligt sind, sein Subjekt. Diese letzte Aussage wird in dem Bericht wieder und wieder betont, um das Argument zu untermauern, dass Gender Mainstreaming einen Wechsel der Akteure erfordert: Gender-Angelegenheiten müssen von einigen wenigen „Femokratinnen“ in mehr – auch externe – Hände gelegt werden. Ein Punkt, der ebenfalls in dem Bericht hervorgehoben wird, ist die Frage der Gender-Kompetenz. Der Bericht ist nicht komplett naiv. Er weist sehr wohl darauf hin, dass diese neuen Akteure unter Umständen Gender-Interessen nicht erkennen, oder dass es ihnen vielleicht nicht gelingt, eine gute Geschlechtergerechtigkeitspolitik umzusetzen, dass sie vielleicht sogar das Konzept Gender Mainstreaming nicht ausreichend verstehen. Das bedeutet, so der Bericht, dass diese „normalen“ Akteure aus- und weitergebildet werden müssen – auch wenn dazu ein kurzer Kommentar zum fehlenden politischen Willen in Bezug auf Geschlechtergerechtigkeit in den Entscheidungsprozessen folgt. Die Betonung liegt auf dem Know-how der normalen Akteure und stärker auf der Gender-Kompetenz als auf der politischen Repräsentation oder der feministischen Haltung oder Perspektive.

Was die Rolle der feministischen Bewegung betrifft, so ist der Bericht des Europarats sehr vage. In der Tat vermeidet er sogar den Begriff „feministische Bewegung“ und verweist stattdessen einige Male auf die Rolle der NGOs und Interessen- oder Lobbygruppen. Obzwar alle diese Gruppen als externe Akteure betrachtet werden, die in das Gender Mainstreaming involviert werden *können*, bleibt ihre Rolle in

dem Konzept recht beschränkt. Sie können die Strategie unterstützen, dazu beitragen, den politischen Willen zu schaffen, oder sie können eine Wissensquelle sein. Das heißt, die Rolle der NGOs, Interessengruppen und Lobbygruppen wird in gewissem Maße anerkannt, aber lediglich im Zusammenhang mit allen anderen Akteuren, denen man die Möglichkeit geben *könnte*, sich zu beteiligen. Der Bericht deutet mit keinem Wort an, dass man der feministischen Bewegung oder denen, die unter der Geschlechterungerechtigkeit leiden, eine Stimme verleihen muss. Das hängt mit der Tatsache zusammen, dass in dem Bericht drei Arten von Instrumenten unterschieden werden: analytische Instrumente, Bildungsinstrumente und zuletzt das Instrument „Konsultation und Partizipation“. Da der Bericht die Instrumente nicht priorisiert, positioniert er Gender Mainstreaming als eine technokratische Strategie. Es gibt keinen Hinweis auf die Möglichkeit unterschiedlicher und sich bekämpfender politischer Ideen über Feminismus oder Geschlechtergerechtigkeit. Das bedeutet eine, wenn auch nur implizite, Entscheidung, Gender Mainstreaming als etwas dazustellen, das außerhalb der Politik steht, etwas, das einfach getan werden muss. Leider verschwindet Politik nicht, bloß weil man sie ignoriert. Diese Darstellung des Gender Mainstreaming als etwas Technokratisches bedeutet auch, dass die Strategie potentiell bestimmte politische Akteure ausgrenzt – allen voran die feministische Bewegung (vgl. die Arbeit von Mara Kuhl zu diesem Thema). Manche behaupten, dass zum Beispiel die European Women's Lobby (EWL) als ein Ergebnis des Gender Mainstreaming innerhalb der Politikgestaltung legitimiert wurde. Die Stärkung der EWL wurde jedoch nur möglich, weil sie sich als die einzige Expertenstimme in der feministischen Gemeinde in Europa darstellt. Und das könnte ein weiteres Problem sein.

Ich möchte einen genaueren Blick auf das Ziel „Geschlechtergerechtigkeit“ werfen, das im Bericht des Europarats hinter dem Konzept von Gender Mainstreaming steht, weil diese Definition zwiespältig ist. Es wird zwar eine Diversitätsperspektive gefordert, aber der Bericht hält sie keineswegs konsistent durch. Ich möchte das an zwei Aussagen aus dem Bericht illustrieren. Das erste ist ein Zitat: „Gender ist eine wesentliche Möglichkeit, um Machtbeziehungen zu kennzeichnen.“ Das ist durchaus eine starke Aussage, wurde aber in eine Fußnote des Berichts relegiert. Ich erinnere mich sehr gut daran, wie wir den Bericht in der Expertengruppe diskutierten und verfassten. Damals war die Fußnote der einzige Ort, an dem das Wort „Macht“ erscheinen *konnte*. Das heißt, das Zitat ist aus einem ganz bestimmten Grund in den Fußnoten: Das Konzept „Macht“ war problematisch. Geschlechtergerechtigkeit, so das zweite Zitat, bedeutet „Differenzen und Vielfalt einen Wert anzuerkennen“. Aus diesen Zitaten wird deutlich, dass in dem Bericht die „Differenzen-Perspektive“ Teil des Verständnisses von Geschlechtergerechtigkeit ist. Aber der Bericht bleibt ambivalent und bietet keine weiteren Erklärungen.

Diese Konzepte gehen zwar in ihrem Ziel über vereinfachende Gleichheits- oder Differenzen-Ansätze hinaus, stellen aber die Geschlechter-Dichotomie nie infrage. Der Bericht scheint anzunehmen, dass Geschlechterungerechtigkeit abgeschafft werden kann, ohne gesellschaftliche Kategorien oder Identitäten von Männern und Frauen zu verändern. Gleichheit wird mit „Differenzen“ gekoppelt, aber der Bericht selbst beruht unverrückbar auf der Dichotomie Männer – Frauen, und diese Dichotomie wird nicht abgelehnt.

Noch etwas ist interessant in dem Bericht: Das Ziel „Geschlechtergerechtigkeit“ gilt nicht als Blaupause, sondern als etwas, „für das immer gekämpft werden muss, das immer gefördert und geschützt werden muss, wie Menschenrechte, deren integraler Bestandteil sie ist“. Sie ist „ein permanenter Prozess, der dauernd hinterfragt werden muss, um den gekämpft, der neu definiert werden muss“. Dieser Prozessansatz in Bezug auf das Ziel wird nicht weiter erklärt, aber die Betonung des Kampfes weist darauf hin, dass Geschlechtergerechtigkeit als ein politisches Ziel verstanden wird.

In der Mitteilung an den Ministerausschuss des Europarats, die dem Bericht beigefügt ist, sind weitere ganz typische Elemente zu finden. Laut dieser Mitteilung ist Gender Mainstreaming eine wichtige Strategie, nicht nur weil es Geschlechtergerechtigkeit fördert, sondern weil es alle Humanressourcen gut nutzt und zu besser informierter und gezielter Politik führen sollte. Hier werden dem Ziel „Geschlechtergerechtigkeit“ weitere Mainstreaming-Ziele aufgesattelt, als zusätzliche Argumente für Gender Mainstreaming. Das ist ein typisches Phänomen, und ich werde auf dieses Thema noch zurückkommen.

Ich möchte das oben skizzierte Konzept von Gender Mainstreaming anhand zweier anderer Konzepte bewerten. Das erste ist „Verschiebung“ (*displacement*), ein Konzept, das von Judith Squires stammt. Sie unterscheidet zwischen drei analytisch unterschiedlichen Strategien von Geschlechtergerechtigkeitspolitiken. Die ersten beiden sind einfach zu verstehen: „Inklusion“ (*inclusion*) bedeutet, Frauen werden in die Welt, wie sie ist, integriert, zum Beispiel indem man versucht, so viele Frauen wie möglich in Führungspositionen in Politik und Wirtschaft zu heben, ohne das politische oder wirtschaftliche System explizit verändern zu wollen. Eine zweite Strategie ist die „Umkehrung“ (*reversal*), die auf dem Prinzip „Differenzen“ basiert. Hier geht es unter anderem darum, einige weibliche Werte in Führungs- oder Konfliktlösungsansätzen einzuführen. Diese beiden Strategien sind einfach zu erkennen, und sie können in der Praxis auch vermischt werden. Es ist jedoch auch ziemlich offensichtlich, warum diese beiden Strategien Geschlechtergerechtigkeit nicht erreichen können: Integration bedeutet lediglich, dass sich Frauen an eine männliche Norm anpassen. Die Umkehrungsstrategie spricht zwar diese Norm an, aber in einer Art und Weise, die die Unterschiede – sogar die ganz traditionellen – zwischen Männern und Frauen wieder einsetzt. Dieser Falle möchte Squires mit der Verschiebungsstrategie entgehen. Verschiebung bedeutet, die Gender-Unterschiede zu „transzendieren“. Eine solche Strategie thematisiert die männliche Norm, ohne Männlichkeit oder Weiblichkeit, männliche oder weibliche Eigenschaften, Fähigkeiten oder Charakteristika wieder einzusetzen. Vielmehr werden Weiblichkeit und Männlichkeit als solche als Teil des Problems gesehen. Die Verschiebungsstrategie stellt Gegensätze zwischen Gleichheit und Differenzen infrage, sieht, dass nicht nur Frauen ausgeschlossen sind, sondern auch das, was als weiblich gilt. Die Darstellung von Menschen, von menschlichen Fähigkeiten und Eigenschaften als „männlich“ oder „weiblich“ wird hinterfragt. Gleichzeitig erkennt die Verschiebungsstrategie die Dynamik, in der die Realität der Geschlechterungerechtigkeit viele Versuche, solchen Geschlechterdichotomien zu widerstehen, einfach absorbiert. Daher sucht diese Strategie nach dynamischen Prozessen zum Einsatz und Wiedereinsatz der Gender-Unterschiede. Die Verschiebungsstrategie hat ihren Ursprung in der

Foucault'schen Analyse, die betont, dass die repressiven und produktiven Auswirkungen von Macht untrennbar miteinander verbunden sind. Der Nachteil einer solchen Analyse liegt darin, dass sie keine Strategie gegen Geschlechterungerechtigkeit oder für Geschlechtergerechtigkeit skizziert. Manchmal deutet sie noch nicht einmal auf die Möglichkeit bewussten Handelns hin, geschweige denn, dass sie eine solche Möglichkeit ausformuliert. Das Foucault'sche Machtkonzept, so hilfreich es auch für die Analyse des Problems Geschlechterungerechtigkeit ist, lässt sich nur schwer in politische Strategien übersetzen. Dies könnte mit der Tatsache zusammenhängen, dass in einer Verschiebungsstrategie weder Ziel noch Strategie selbst so eindeutig festgelegt werden können, wie das bei den Strategien „Inklusion“ und „Umkehrung“ der Fall ist, denn Verschiebung geht von der Annahme aus, dass Gender und Gender-Beziehungen alle Identitäten, Verhaltensweisen, Symbole und Institutionen durchdringen und dass sich die komplexen Formen der Beziehungen zwischen all diesen Dimensionen ständig verändern. Das ist ein Prozess, in dem Macht und Geschlechterungerechtigkeit permanent wieder eingesetzt werden. Das bedeutet, die facettenreiche Dynamik der *gegenderten* Macht bedürfen der ständigen Neuerfindung von Ziel und Strategie. Ich habe oben gezeigt, dass der Bericht des Europarats diesem Gedanken Rechnung trägt, indem er das Ziel „Geschlechtergerechtigkeit“ nicht als etwas darstellt, das festgelegt werden kann, sondern als etwas, das ständig erkämpft werden muss. Am Ende aber gelingt es dem Bericht nicht, diesen Punkt zu klären.

Um einen Weg aus dieser Sackgasse zu finden, ist ein anderes Konzept vonnöten. Das Konzept, das ich hier vorschlagen möchte, ist „Empowerment“. Ich beginne mit Jahans Unterscheidung zwischen integrationistischen Geschlechtergerechtigkeitspolitiken und *agenda setting*. Jahan selbst verwendet diese Unterscheidung auf eine ziemlich einfache Art und Weise: Das *agenda setting* bedeutet für sie in erster Linie, dass Frauen an den Entscheidungsfindungsprozessen beteiligt sind und Themen auf die politische Tagesordnung setzen können. Ihre Unterscheidung wurde häufig übernommen. Meist wird dabei *agenda setting* jedoch in einem weiter gefassten Sinne interpretiert, das heißt, es geht nicht nur darum, Frauen an den Entscheidungsfindungsprozessen beteiligt zu sehen, sondern darum, Politik von Beginn an neu zu denken, politische Paradigmen während des Gender Mainstreaming von Beginn an zu verändern. Eine solche weit gefasste Interpretation gibt allerdings ein wesentliches Element aus Jahans Konzept auf, nämlich dass die Frauen diesen Transformationsprozess steuern. Und es ist offensichtlich, warum das passiert. Es ist zu einfach anzunehmen, dass allein die Partizipation von Frauen direkt zu einer grundlegenden Veränderung führt, denn dies würde auch die verschiedenen politischen Positionen von Frauen und die hegemoniale Dynamik innerhalb des Feminismus verleugnen. Hier könnte Nancy Frasers Konzept der subalternen Gegenöffentlichkeiten einen Ausweg bieten, da es meiner Ansicht nach eine Perspektive auf Akteurinnen und Kämpfe eröffnet, aus der man die Politik der Umsetzung von Gender Mainstreaming verstehen kann. Unter den Bedingungen von Ungleichheit – also unserer aktuellen Realität –, so Nancy Fraser, dient jeder Aushandlungsprozess tendenziell den dominanten Gruppen, während die untergeordneten Gruppen nicht die Möglichkeit haben, ihre Interessen systematisch herauszuarbeiten und zu artikulieren. Mit anderen Worten: Eine Transformation der hegemonialen Ordnung wird nicht allein durch die Partizipation von Frauen zustande kommen, da diese

Partizipation unter den Bedingungen der Ungleichheit schnell durch das System absorbiert wird. Um sich diesem Prozess der Absorption widersetzen zu können, bedarf es der Räume für subalterne Gegenöffentlichkeiten – Räume, die Menschen die Freiheit, die Zeit und die Ressourcen bieten, sich zu treffen und ihre Gedanken zu artikulieren.

Wenn Gender Mainstreaming transformatorisch wirken soll, dann muss es sowohl eine Verschiebungsstrategie verfolgen als auch eine Empowerment-Strategie, die Räume abseits der hegemonialen Akteure schafft, in denen um Gendergerungen und das Ziel der Geschlechtergerechtigkeit erkämpft werden kann. Eine solche Betonung des Empowerment fehlt im Gender-Mainstreaming-Konzept des Europarat-Berichts vollständig.

Als nächstes möchte ich die Frage stellen, wie weit die Konzepte des Europarats fortgeschritten sind. Vorab: Sie sind gut fortgeschritten. Was sich anscheinend am besten bewährt hat, ist die Europarat-Definition von Gender Mainstreaming, die ich zu Anfang genannt habe: die Prozessdefinition. Sie hat auch die Debatte in der Europäischen Kommission stark beeinflusst, und man begegnet ihr in NGO-Texten, in wissenschaftlichen Aufsätzen und in Papieren von Ländern, Regionen und Städten. Es überrascht mich, dass ich weder Veränderungen noch Kommentare zu dieser Definition gefunden habe. Meist wird sie wortwörtlich übernommen. Bemerkenswert ist auch, dass die Definition immer auf diesen einen Satz beschränkt bleibt. Das ist bemerkenswert deshalb, weil meiner Ansicht nach die Definition in diesem einen Satz nicht leicht verständlich bzw. nicht komplett ist.

Wenn die Definition ohne das Konzept verwendet wird, wird sie zu einem Chamäleon, einem leeren Vehikel, das einfach zu verdrehen ist. Vielleicht war es ja genau diese Leere, der es zu verdanken ist, dass dieser Bericht so einflussreich war. Fazit: Das Konzept des Gender Mainstreaming im Bericht des Europarats zeigt Stärken und Schwächen. Positiv ist die Betonung der Prozesshaftigkeit zu vermerken, da sie die Infragestellung der Machtdynamik der Gender-Beziehungen ermöglicht. Negativ zu vermerken ist die Tatsache, dass das Ziel zu ambivalent ist und wenig Einfluss ausgeübt hat. Und last but not least ist der technokratische Akzent auf der Negativseite zu verbuchen, der sich in der mangelnden Beachtung der feministischen Bewegung ebenso manifestiert wie in dem mangelnden Raum für Gegenöffentlichkeiten.

Insbesondere Texte, die für ein Politik-Publikum geschrieben wurden, zeigen oft das folgende Phänomen: Auf die Ziele des Gender Mainstreaming werden noch andere Ziele aufgesattelt. Dieses „Ziele-Aufsatteln“ ist eine Form des sogenannten strategischen „Framing“. Vielleicht waren Sie zum einen oder anderen Zeitpunkt schon einmal an einem solchen strategischen „Framing“ beteiligt. Wenn man andere Menschen dazu bewegen will, sich an Gender-Projekten zu beteiligen, funktioniert das oft besser, wenn man ihnen sagt, das Gender-Projekt werde ihnen auch helfen, andere Ziele zu erreichen. Die Untersuchungen, die sich mit strategischem Framing beschäftigen, weisen darauf hin, dass Gender-Mainstreaming-Prozesse anscheinend leichter zu initiieren sind, wenn man das Ziel „Geschlechtergerechtigkeit“ ausweitet. Vielfach wird dieses strategische Framing für integrationistische Tendenzen verantwortlich gemacht. Aber warum sollte Integration – nicht Transformation – die unvermeidliche Folge von strategischem Framing sein?

Strategisches Framing bezeichnet einen Prozess, in dem ein feministisches Ziel – zum Beispiel Geschlechtergerechtigkeit – an ein wesentliches anderes Ziel einer Organisation, die Gender Mainstreaming durchführen soll, gebunden wird. Technisch gesprochen bedeutet strategisches Framing bis heute meist die Verbindung mehrerer Bezugsrahmen (mehrerer Ziele) oder die Ausweitung eines Bezugsrahmens (eines Ziels). Die gewählte Strategie hinterfragt meist nicht die anderen Mainstream-Ziele der Politikgestaltung, sondern schafft einen übergreifenden Bezugsrahmen, indem das Ziel Geschlechtergerechtigkeit erweitert wird. Das bedeutet, dass in Gender Mainstreaming meist eine doppelte Agenda vorhanden ist: das feministische Ziel und das andere Ziel. Diese doppelte Agenda wird als *win-win*-Situation dargestellt. In solchen Darstellungen aber verflüchtigt sich der Begriff Macht. Er taucht nur noch in Klammern auf.

Gender Mainstreaming wird oft auch als ein harmonischer Prozess dargestellt. Im Europarat-Bericht ist der Staat immer ein freundlicher Staat. Das kann mit der Tatsache zusammenhängen, dass Länder wie Schweden und die Niederlande, die damals tatsächlich freundliche Staaten waren, wegweisende Arbeit bei der Entwicklung des Konzepts geleistet haben (und beide waren durch Experten in der Arbeitsgruppe, die den Bericht erstellte, vertreten).

Dennoch: Wenn Geschlechtergerechtigkeit von Macht und Privilegien handelt, dann sollte es bei Gender Mainstreaming um die Abschaffung dieser Privilegien gehen. Wenn es Gender Mainstreaming um die Abschaffung der Geschlechterstereotypen geht und wenn Politiken fast immer durch Geschlechterstereotypen gekennzeichnet sind, dann muss der Staat problematisiert werden. Der Staat kann nicht einfach als Teil der Lösung gesehen werden, sondern er muss schmerzhaft Prozesse der Veränderung und Neuorientierung durchlaufen. Aber wie kann man dann Gender Mainstreaming als einen harmonischen Prozess betrachten, oder anders gesagt: Was bringt es, Gender Mainstreaming als harmonischen Prozess zu betrachten? Ganz einfach: Weil der Mythos vom harmonischen Prozess die Produktion von Akzeptanz erleichtert und Gender Mainstreaming weniger bedrohlich erscheinen lässt. Wissenschaftliche Untersuchungen jedoch zeigen, dass diese doppelte Agenda schlechte Ergebnisse zeitigt. Die zentrale Gefahr besteht darin, dass Gender völlig aus dem Fokus verschwindet. Was ursprünglich dazu gedacht war, die Veränderungsprozesse reibungsloser zu gestalten – nämlich durch die Darstellung von Harmonie – ist am Ende kontraproduktiv, denn die Logik der doppelten Agenda ist eine Mischung aus produktiven (ermöglichenden) und repressiven (beschränkenden) Prozessen. Der wichtigste produktive Aspekt ist die Öffnung, die die Verbindung der Ziele bietet. Aber dann werden in der Logik der doppelten Agenda bestimmte Optionen unwahrscheinlich. Wird das Ziel „Geschlechtergerechtigkeit“ so weit gedehnt, dass auch Mainstream-Ziele unter diesen Schirm passen, wird es sehr schwierig darauf hinzuweisen, dass diese Mainstream-Ziele keineswegs geschlechterneutral sind. Und es wird sehr schwer zu argumentieren, dass das feministische Ziel ein Mainstream-Ziel sein könnte. Darüber hinaus sehen sich Organisationen und Ministerien gerne als geschlechterneutral; also werden Geschlechterstereotypen und -vorurteile in ihren bestehenden Zielen nur schwer erkennbar. Und da beide Ziele selten dieselbe Unterstützung in Bezug auf Macht und Ressourcen erhalten, wird das feministische Ziel stärker und schneller verwässert als das Organisationsziel. Mehr noch: In dem Prozess der Überzeugungsarbeit, dass

Gender Mainstreaming vonnöten ist, wird sich eine Tendenz entwickeln, die genehmen feministischen Ziele und die genehmen feministischen Akteurinnen auszuwählen. Das wiederum bedeutet noch mehr Selektion, noch mehr Exklusion. Und schließlich gibt es innerhalb der feministischen Bewegung hegemoniale Prozesse, die nicht erkannt werden und die zum Ausschluss bestimmter feministischer Stimmen führen.

Kurz: Die Logik der doppelten Agenda ermöglicht zwar zunächst eine Öffnung für eine feministische Agenda, führt dann aber zu einer Verengung des feministischen Fokus – und schließlich zu einem kompletten Verlust des Gender- und Geschlechtergerechtigkeitsfokus. Diese Logik funktioniert über Machtmechanismen. Insbesondere wenn Gender Mainstreaming als technokratischer Prozess konzipiert wird, gibt es wahrscheinlich weniger externen Druck zur Mobilisierung feministischer Gruppen. Hier bestätigt sich, was ich oben angeführt habe: Der Mangel an Raum für Gegenöffentlichkeiten im derzeitigen Konzept von Gender Mainstreaming ist höchst problematisch. Radikale Ziele, die durch eine Strategie des Empowerment ausgedrückt werden könnten, haben keine Chance. Es ist ziemlich offensichtlich, dass der liberale Feminismus im Vorteil ist und dass ein Ziel, das als die notwendige Verschiebung von Gender formuliert wird, auf Widerstand stößt. Da aber das strategische Framing nicht nur negative Aspekte hat, sondern auch produktive Aspekte, liegt die Lösung nicht in dem kompletten Verzicht auf strategisches Framing. Was wir brauchen, ist eine Analyse, wie diese produktiven Effekte gestärkt und die repressiven Effekte ausgeglichen werden können.

Was wir brauchen, ist eine neue Diskussion darüber, was genau dieses Ziel „Geschlechtergerechtigkeit“ sein sollte. Diese Diskussion muss, um das Ziel operationalisieren zu können, so viele verschiedene Perspektiven wie möglich mit einbeziehen. Ich plädiere dafür, mutig und kühn zu sein und alle Stimmen der feministischen Gemeinde mit ins Boot zu holen, einschließlich der feministischen Wissenschaftlerinnen – die ich auf keinen Fall außerhalb dieser Bewegung sehen möchte. Wenn wir der Meinung sind, dass Inklusion und Umkehrung als Ziele zu beschränkt sind, wie sollte dann das Ziel aussehen und wie können wir dafür sorgen, dass wir dieses Ziel immer wieder neu fokussieren, damit es nicht verdreht, nicht verwässert wird? Eng damit verbunden ist die Notwendigkeit, Wege zu entwickeln, wie Gender Mainstreaming feministischen Akteurinnen und Gemeinschaften eine wichtigere Rolle zuweisen und – wie erwähnt – die feministischen Wissenschaftlerinnen einbeziehen kann. Welche Instrumente könnten nützlich sein? Welche Instrumente wurden entwickelt, und wie können sie gestärkt werden?

Und schließlich: Wir müssen auf Widerstand, Machtspiele und die Logik der doppelten Agenda vorbereitet sein – sie kommen bestimmt – und sie analysieren. Wir müssen die Gefahren ebenso wie die Chancen erkennen, die der Logik der doppelten Agenda innewohnen.